

Bürgerrecht für Enkelkinder

Einwanderung Die Kinder der Secondos und Secondas sollen sich in der Schweiz leichter einbürgern lassen können. Justizministerin Simonetta Sommaruga hat gestern gemeinsam mit Kantons- und Städtevertretern die Argumente für ein Ja in der Abstimmung vom 12. Februar dargelegt. «Die Schweiz ist ihre Heimat, nur haben sie keinen roten Pass», sagte Sommaruga. Es gehe um junge Menschen, die mit der Schweiz enger verbunden seien als mit dem Herkunftsland ihrer Grosseltern. Sie sollten in der Schweiz mitbestimmen können.

Sommaruga betonte, dass das Parlament klare Kriterien festgelegt habe. Für eine erleichterte Einbürgerung müssten alle Voraussetzungen erfüllt sein. Die jungen Ausländerinnen und Ausländer müssten zudem gut integriert sein, eine Landessprache beherrschen, ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen und eine Niederlassungsbewilligung besitzen. Für die erleichterte Einbürgerung kommt nur in Frage, wer in der Schweiz geboren worden ist, während mindestens fünf Jahren die obligatorische Schule besucht hat und nicht älter als 25 Jahre alt ist. Ein Elternteil muss mindestens zehn Jahre in der Schweiz gelebt haben und fünf Jahre hier zur Schule gegangen sein. Auch in der Elterngeneration ist eine Niederlassungsbewilligung Voraussetzung. Schliesslich muss ein Grossvater oder eine Grossmutter in der Schweiz geboren worden sein oder ein Aufenthaltsrecht besessen haben.

Diese Kriterien erfüllen gemäss einer neuen Studie im Auftrag des Bundes rund 25 000 Personen. In den nächsten zehn Jahren kämen durchschnittlich pro Jahr 2300 junge Ausländerinnen und Ausländer neu für eine erleichterte Einbürgerung in Frage. Hinzu kämen 3400 Personen, die sich in der Übergangszeit bis zum 35. Altersjahr einbürgern lassen könnten. (sda)

Städte fürchten Steuerausfälle

USR III Vertreterinnen und Vertreter von Städten und Gemeinden warnen vor Steuerausfällen in dreistelliger Millionenhöhe durch die Unternehmenssteuerreform III (USR III). Sie haben sich gestern in Bern für ein Nein zur Vorlage starkgemacht. Allein die Stadt Zürich geht von jährlichen Ausfällen von 300 Millionen Franken aus. In Genf werden der Stadtkasse 50 Millionen Franken fehlen. In Bern rechnet Gemeinderätin Ursula Wyss mit Steuerausfällen in der Grössenordnung von 30 Millionen Franken.

«Das wird schmerzhaft Sparmassnahmen oder Steuererhöhungen bei den natürlichen Personen zur Folge haben – oder wahrscheinlich beides», sagte Wyss. Privatpersonen und der Mittelstand würden auf Kosten der Unternehmen die Zeche zahlen müssen, sagte Daniel Leupi, Finanzdirektor der Stadt Zürich und Präsident der Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSFDF).

Bereits vor zwei Wochen hatte sich ein bürgerliches Gemeinde- und Städtekomitee zu Wort gemeldet und für die USR III geworben. Federführend in dieser Kampagne ist der Schweizerische Gewerbeverband. (sda)

Ein direkter Draht zu Facebook

Internet Politiker von links bis rechts fordern, dass Strafverfolger einfacher an Nutzerdaten von Facebook & Co. herankommen sollen. Experten kritisieren die vorgeschlagene Lösung jedoch.

Maja Briner

Anonyme Beschimpfungen oder gefälschte Profile kommen auf Facebook, Twitter und andern sozialen Medien immer wieder vor. Für die Strafverfolger ist es oft schwierig, den Tätern auf die Schliche zu kommen. Das will SP-Präsident Christian Levrat mit einem Vorstoss ändern – und er erhält breite Unterstützung: Viele bürgerliche Ständeräte haben seine Motion unterzeichnet.

Auslöser für Levrats Vorstoss ist ein Urteil des Bundesgerichts von letzter Woche: Die Richter kamen zum Schluss, der Schweizer Ableger von Facebook könne nicht gezwungen werden, Daten herauszugeben, da sich diese in Irland befänden. Die Behörden müssten daher ein Rechtshilfe-gesuch an Irland stellen. Solche Verfahren sind oft langwierig, wie Levrat festhält. «Diese Situation ist unbefriedigend», findet der SP-Chef. Er stellt deshalb zwei Forderungen auf: Soziale Netzwerke müssten hierzulande einen Ableger haben – und diese müssten den Strafverfolgungsbehörden Daten herausgeben können.

Auch der Auserroder FDP-Ständerat und Anwalt Andrea Caroni sagt: «Es ist störend, dass die Strafverfolgung erschwert wird, weil sich Leute hinter ausländischen Servern verstecken können.» Caroni zweifelt allerdings die Umsetzbarkeit von Levrats Vorschlag an. Die Frage stellt sich etwa, was geschieht, wenn Facebook seinen Ableger schliesst. «Wenn Facebook sich nicht an die Vorgaben halten würde, müsste man es theoretisch in der Schweiz sperren», gibt er zu bedenken. Trotzdem unterstützt Caroni den Vorstoss. «Es braucht eine Auslegeordnung», sagt er.

«Wir können das Problem nicht aussitzen»

Im Nationalrat hat die SP die gleiche Motion ebenfalls eingereicht. Unterzeichnet hat sie unter anderem der Obwaldner Karl Vogler (CSP). Er sagt: «Für die Bekämpfung von Verbrechen ist es zentral, dass die Strafverfolgungsbehörden schnell an die Daten herankommen.» Vogler hat vor rund



Wer unter falschem Namen Beschimpfungen postet, soll einfacher bestraft werden können.

Bild: Getty

drei Jahren zwei Vorstösse zum Thema eingereicht. Damals antwortete der Bundesrat, es bestehe kein rechtlicher Handlungsbedarf. «Inzwischen ist der Druck jedoch gestiegen», sagt Vogler: «Wir können uns nicht mehr erlauben, das Problem einfach auszusitzen.» Dass die Umsetzung schwierig sein könnte, streitet er nicht ab. Das sei aber kein Argument, um die Hände in den Schoss zu legen.

Bei den Strafverfolgern kommt Levrats Vorschlag gut an. Für die St. Galler Staatsanwaltschaft etwa wäre es hilfreich, wenn Facebook und andere soziale Medien einen Ableger in der Schweiz hätten, der den Strafverfolgungsbehörden Daten herausgeben könnte: «Das wür-

de die Arbeit erleichtern», sagt Sprecher Andreas Baumann.

Experten plädieren für schnellere Verfahren

Skeptisch äussert sich hingegen Medienrechtler Urs Saxer. «Ich sehe nicht, wie man die Firmen zur Präsenz in der Schweiz zwingen könnte», sagt er. Aus seiner Sicht wäre es einfacher, die Rechtshilfeverfahren zu beschleunigen. «Es braucht vermehrt noch ein international koordiniertes Vorgehen», sagt der Professor der Uni Zürich.

Auch Martin Steiger, Datenschutzexperte und Mediensprecher der Digitalen Gesellschaft, plädiert dafür, mit relevanten Staaten wie Irland die Rechtshilfe zu beschleunigen. Zu Levrats

«Wenn Facebook sich nicht an die Vorgaben halten würde, müsste man es theoretisch in der Schweiz sperren.»



Andrea Caroni
Ständerat (FDP/AR)

Vorstoss sagt er: «Das Anliegen ist berechtigt, aber man müsste sehr gut überlegen, wie die Rechtsstaatlichkeit gewahrt bleiben kann und wie unbeabsichtigte Nebenwirkungen vermieden werden können.»

Je nach Umsetzung wäre es für Start-ups beispielsweise schwierig, hierzulande aktiv zu werden, da sie sich einen Schweizer Ableger nicht leisten könnten, sagt Steiger. Zweitens könne es problematisch sein, wenn andere Länder, in denen die Rechtsstaatlichkeit nicht garantiert ist, eine ähnliche Regelung einführen, sagt Steiger: «Unrühmliches Beispiel dafür ist Russland, das bereits heute Daten verlangt.» Die Schweiz habe hier auch eine Vorbildfunktion.

Parlamentarier streiten über Bodlur-Bericht

Armee Gestern sollte der parlamentarische Bericht zu Guy Parmelins Sistierung des Rüstungsprojekts Bodlur veröffentlicht werden. Die darin enthaltene Kritik am Verteidigungsminister stösst aber auf Widerstand.

Nach halbstündiger Wartezeit kam gestern die Meldung: Medienkonferenz abgesagt. Die Kollegin vom «Blick» konnte den «kürzesten und absurdesten Live-Ticker aus dem Bundeshaus» bereits wieder schliessen. Angekündigt hatten sich die Präsidenten der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) von National- und Ständerat, Alfred Heer und Hans Stöckli.

Zudem sollte Claude Janiak vor die Medien treten. Der Baslerbieter SP-Ständerat leitet die parlamentarische Arbeitsgruppe, die sich in den vergangenen Monaten mit dem Fliegerabwehrprojekt Bodlur 2020 beschäftigt und einen Bericht dazu erstellt hat. Diesen erhielten die übrigen Mit-

glieder der Geschäftsprüfungskommission am Montag – schon für gestern waren die abschliessende Diskussion im Plenum und die anschliessende Information der Presse vorgesehen. «Wir haben für die Beratung zwei Stunden eingeplant – das war offensichtlich zu knapp», sagte Hans Stöckli gestern. Die Zeit reichte nur für die Eintretensdebatte.

Entscheid unnötig und zu wenig breit abgestützt

Zur Erinnerung: Unter dem damaligen Verteidigungsminister Ueli Maurer (SVP) fiel 2013 der Startschuss für das Projekt Bodlur 2020, das die Rundumneuerung der bodengestützten Fliegerabwehr zum Ziel hat.

Nach nicht einmal 100 Tagen im Amt zog Maurers Nachfolger und Parteikollege Guy Parmelin im März dieses Jahres die Reissleine, indem er das Projekt sistierte. Zuvor hatten Medienberichte Zweifel an der Arbeit der verantwortlichen Projektgruppe aufkommen lassen. Demnach erfüllen die beiden Raketen-systeme, die zuletzt noch im Rennen waren, die definierten Anforderungen nur gemeinsam. Offiziell begründete Parmelin die Sistierung mit der fehlenden «Gesamtübersicht». Zudem seien die Gesamtkosten nicht zuverlässig abschätzbar. Beim Projektstart war von einem Kostendach von 500 Millionen Franken die Rede. Inzwischen sind es offiziell 1,1 Mil-

liarden Franken, einige Experten rechnen aber mit drei Milliarden Franken oder noch mehr.

Das Vorgehen von Parmelin wird von der Arbeitsgruppe nicht goutiert. Zwar bleibt der Bericht nach der ergebnislosen Beratung unter Verschluss. Die Stossrichtung lässt sich aber in Erfahrung bringen. Die Arbeitsgruppe hält die Sistierung für unnötig. Parmelin habe sich zu wenig im Departement abgesprochen.

Das Urteil der Parlamentarier fällt für den SVP-Bundesrat damit härter aus als jenes der Administrativuntersuchung, die Parmelin nach der Sistierung selber eingeleitet hatte. Der Leiter der Untersuchung, Kurt Grüter, hatte den Sistierungsentscheid im Septem-

ber zwar als «sachlich falsch» bezeichnet. Vor dem Hintergrund des Gripen-Debakels und des Wechsels an der Armeespitze sei das Vorgehen Parmelins aber «politisch nachvollziehbar». Dieser sah sich dadurch in seinem Entscheid bestätigt.

Den Bericht der parlamentarischen Arbeitsgruppe könnte Parmelin nicht zu seinen Gunsten deuten. Offenbar drängen vor allem GPK-Mitglieder aus der Westschweiz auf eine Abschwächung. Die Arbeitsgruppe nimmt nun die vielen Änderungsanträge entgegen. Ende Januar wird die Aussprache fortgesetzt – und die Medienkonferenz nachgeholt.

Tobias Bär